

mann hat dem Landtagsausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales seine Pläne und Folgerungen vorgebracht, die er nach der Lektüre der Psychiatrie-Enquete entwickelt hat oder entwickeln will. Was er aber gelesen hat, ist tatsächlich nur die Zusammenfassung, wie der offizielle Ausschußbericht im Landtags-Pressedienst beweist. Da heißt es: „Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), ... erklärte, daß in der Bundesrepublik rund 20 Millionen Menschen andauernd, wiederholt oder wenigstens einmal während ihres Lebens in irgendeiner Form psychisch krank waren oder sind. Vier bis acht Millionen unter ihnen suchen innerhalb eines Jahres wegen psychischer Beschwerden einen Arzt auf, von denen sich rund eine Million als dringend psychiatrisch oder psychotherapeutisch behandlungsbedürftig erweisen.“ Und der Ausschußvorsitzende Konrad Grundmann (CDU), ein Amtsvorgänger des Gesundheits- und Sozialministers, begann seine Rede mit dem einleitenden Halbsatz: „Wenn etwa jeder dritte Bundesbürger bereits einmal in seinem Leben irgendeine psychische Krankheit durchgemacht hat oder noch daran leidet ...“

Wenn Politik auf solchen Prämissen beruht, dann kann man sich über die Kostenexplosion nicht mehr wundern ...

Die Sache hat noch einen grotesken Schluß. Die Ausschußsitzung war nämlich öffentlich, und die größte nordrhein-westfälische Zeitung berichtete mit folgendem Satz darüber: „Der Minister bezeichnete es als ‚erschütternd‘, daß zur Zeit [Hervorhebung durch die Redaktion] jeder dritte Bundesbürger im Bundesgebiet an irgendeiner psychischen Störung leidet.“

Das aber ist so ähnlich wie die Geschichte von den dreien, die sich treffen: Der erste ist (statistisch natürlich!) ein Chinese, der zweite hat Karies, und der dritte bedarf psychiatrischer Behandlung ... bt

Austritte in Schleswig-Holstein

„Der Austritt mehrerer Ärzte aus der SPD ist nach Auffassung des CDU-Landesvorstandsmitglieds, Sozialminister Karl Eduard Clausen, ‚Ausdruck der wachsenden Besorgnis innerhalb der Ärzteschaft über die gesundheitspolitischen Vorstellungen der SPD‘. In Kiel meinte Claussen, wenn auch nach den Worten der Mediziner ‚die Polemik von Kuhlwein und Genossen‘ und dessen ‚demagogisches Verhalten‘ den letzten Anstoß zu dem Parteiaustritt gegeben hätten, so dürfe nicht übersehen werden, daß Kuhlwein lediglich als

SYLTER RUNDSCHAU

Repräsentant einer ärztefeindlichen Einstellung speziell der schleswig-holsteinischen SPD anzusehen sei. Diese ärztefeindliche Haltung sei auch wiederum durch die Äußerungen der Jungsozialisten deutlich geworden, die verlangt hätten, die Niederlassungsfreiheit der Ärzte aufzuheben und das gesamte Gesundheitswesen zu verstaatlichen.“ zk

Gegenaktionen

„... Häufiger vom Gegendarstellungsrecht Gebrauch machen, es im Falle des Unterlaufens wiederholen, jeden Verleumder verklagen lassen, Gegendarstellungen bei den in Frage kommenden Inten-

Meinischer Merkur

danten der Rundfunkanstalten bzw. Herausgebern oder Chefredakteuren der Presseorgane und Beschwerden beim Deutschen Presserat erheben – das wären z. Z. die Mittel der Wahl, um der Hetze wenigstens einigermaßen Einhalt gebieten zu können. Noch wichtiger wäre eine kontinuierliche Auf-

klärung im Warte- oder Sprechzimmer. Wenn dort die vielen nach Millionen zählenden Patienten in ein paar Sätzen erfahren würden, was gewisse politische Kreise ihrem Doktor angetan haben... so dürfte eine solche Gegenaktion ungeahnte politische Rückwirkungen haben.“ W. Gödde

Sofort auf den Tisch ...

Das stand am 29. März 1976 im „Spiegel“:

„Im Streit schieden... Bundesgesundheitsministerin Katharina Focke und Forschungsminister Hans Matthöfer. Die beiden Sozialdemokraten hatten sich ursprünglich auf ein gemeinsames Zehn-Jahres-Konzept ‚Forschung und Technologie im Dienst der Gesundheit‘ einigen wollen. Doch mit Rücksicht auf die empfindsame Ärzteschaft lehnte Matthöfer Formulierungen und Projektvorschläge aus dem Hause Focke ab, die den Argwohn der deutschen Medizinmänner erregen könnten. So sollen nach den Wünschen des einstigen Kabinetts-Linken Untersuchungen über die ‚Überweisungs- und Verschreibungspraxis‘ sowie die ‚Einkommens- und Gewinnerwartung‘ der Ärzte, über alternative Finanzierungsmodelle für das Gesundheitswesen und über den ‚Einfluß‘ der Krankenversicherungsträger aus dem Programm gestrichen werden...“

Und das kam am 30. März 1976 über den Fernschreiber:

„die pressekonferenz der bundesminister dr. katharina focke und hans matthoefers zum programm ‚forschung und technologie im dienst der gesundheit‘, zu der wir am mittwoch, 31. märz 1976 – 12.00 uhr ins hotel tulpenfeld eingeladen hatten, muss leider abgesagt werden.“

renate lotze
bundesminister für jugend,
familie und gesundheit“